



Schluß mit der Preistreiberei!

DKP-Fraktion sagt nein zu Gebührenerhöhungen

Die Stadt will wieder einmal rigoros in die Taschen der „kleinen Leute“ greifen. So soll der Wasserpreis von 95 Pfennig auf 1,20 DM je Kubikmeter ansteigen, die Kanalgebühren von 60 Pfennig auf 95 Pfennig je Kubikmeter klettern.

Eine Familie, die 100 Kubikmeter Wasser verbraucht, zahlte bis jetzt 160 bzw. 165 DM, in Zukunft soll sie für die gleiche Leistung 215 DM zahlen. Aber es kommt noch dicker: Die Wasseranschlußbeiträge steigen um 23 bis 72 Prozent. Die Kanalanschlußbeiträge gar um 150 bis 191 Prozent! Die jeweiligen Bauherren werden dies natürlich auf die Mieten umlegen, und so zahlt es wiederum der „kleine Mann“, das schwächste Glied in der Kette. Er kann die steigenden Kosten nicht mehr abwälzen. Sein Finanzrahmen wird einmal im Jahr durch die Lohnerhöhung abgesteckt und hier gibt es keine zweistelligen Prozentzahlen nach oben. Die Gebührenerhöhungen kommen in einer Zeit, in der vieles teurer wird. Da steigen z.B. die Preise für Milch und Milchprodukte, der FVV-Fahrpreis nach Frankfurt wird jetzt auch um 6,3 Prozent erhöht. Die Gebührenerhöhungen seien gerechtfertigt, meint die SPD und die CDU hat auch nichts dagegen. „Kostendeckend“ müßten die Gebühren sein, meint der Bürgermeister. Die DKP hat hier eine prinzipiell andere Auffassung. Für alle diese Leistungen hat der Bürger schließlich schon Steuern gezahlt.

Wir erklären: Kommunale Aufgaben lassen sich nicht mit den Methoden privatkapitalistischer Profitwirtschaft bewältigen. In diesem Jahr mußte sich unsere Stadt bereits mit 5,1 Millionen DM neu verschulden und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Wohin soll dies noch führen? Die DKP-Fraktion wird jedenfalls gegen die neue kommunale Preistreiberei stimmen.

Wir fordern die Stadtverordneten der SPD und CDU auf, sich mit uns gemeinsam für eine andere Politik im Interesse der Kommunen einzusetzen. Wer den Städten und Gemeinden helfen will, muß folgende Finanzquellen erschließen:

- Spürbare Reduzierung der Rüstungsausgaben;
- Grundlegende Umgestaltung des Steuersystems mit einer höheren Besteuerung großer Einkommen, der Millionärsbezüge und großen Dividendenbezüge;
- Abbau aller Steuerprivilegien und Subventionen für die Großunternehmen;
- Einstellung aller Zahlungen an die EG, die zur Vernichtung von Nahrungsmitteln, zum Hochtreiben der Verbraucherpreise und dem Unterhalt unfähiger Eurobürokraten dienen;
- Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland, die jährlich Milliardenverluste bedeuten;
- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität;
- Verwirklichung der alten gewerkschaftlichen Forderungen nach „glä-

sernen Taschen“ (die bisher nur beim Lohnsteuerzahler gilt) für die Großunternehmen.

Wer einfach nur Geführen erhöht, um aus der Kommunalen Finanzmisere zu kommen, der geht den einfachsten Weg – der muß sich dann aber sagen lassen, daß er gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung handelt. Der Bürger sollte sich's merken!

PASSIERT
notiert

Schließlich noch machte Brehl Anmerkungen zu den drei anderen Parteien. Wenig gebe es zur nicht mehr in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen FDP zu sagen. Allenfalls drei Worte: „Wo ist sie?“ Zur DKP: „Ich habe durchaus eine Achtung vor dieser Fraktion und deren Ernstigkeit und Schaffenskraft, mit der sie sich kommunalpolitischer Probleme annimmt.“ Aus SPD-Perspektive sah Brehl aber auch „unredliche“ Punkte, wenn Dinge gebracht würden, „die bei der Bevölkerung positiv erscheinen, aber keine Lösung auf den Tisch bringen“. Es gehe ferner nicht an, Gebührenerhöhungen zu verweigern, ohne gleichzeitig zu eröffnen, woher statt dessen Geld in die Stadtkasse fließen sollte.

FR 29-8-80

Es freut uns natürlich, daß der Bürgermeister unsere kommunale Arbeit so hoch einschätzt. Aber dann soll er uns doch nicht anschließend Unredlichkeit vorwerfen. Schließlich weiß Bernhard Brehl, wie wir, daß die wachsende Finanznot unserer Stadt bald nicht mehr zu verantworten ist, daß jetzt bald etwas geschehen muß – an anderer Stelle weiter „oben“. Wir sagen dies immer wieder. Auch der Bürgermeister und vor allem die sozialdemokratischen Stadtverordneten-Kollegen, sollten dies ebenfalls laut und deutlich sagen. Gerade weil der Bundesfinanzminister und der Bundesverteidigungsminister Sozialdemokraten sind.



Der Widerstand verstärkt sich. Wenige Tage vor dem Prozeß in Kassel gab es mit über 7 000 Teilnehmern die größte Kundgebung der Startbahn/West-Gegner am Flughafen. Immer stärker wird jetzt auch die Frage gestellt: Was wird nach dem Urteil von Kassel? Sind sich vor allem die Sozialdemokraten ihrer Verantwortung bewußt? Sie haben in Wiesbaden die Mehrheit. Von ihnen, den ehrlichen Startbahn/West-Gegnern „vor Ort“ muß jetzt mehr Druck kommen. Wenn ihre Parteioberen jetzt endgültig die Startbahn durchsetzen wollen, müssen andere, stärkere Maßnahmen erfolgen. Eine Kiste zurückgegebener Parteibücher aus unserer Stadt würde aufschrecken lassen. Der Rücktritt von Landrat und Bürgermeistern hätte Wirkungen. Das Ankündigen des Boykotts einer ganzen Region bei den Kommunal- und Landtagswahlen, der Rücktritt aller Mandatsträger würde nicht übersehen werden. Wir alle müssen jetzt klarmachen, daß wir noch Eisen im Feuer haben.

Nach dem Gerichtsurteil verstärkt weiterkämpfen!

Am 9. und 10. November findet vor dem Verwaltungsgericht in Kassel die „Beweisaufnahme“ im Prozeß um die Startbahn/West statt.

Weitere Verhandlungstage sind im September eingeplant, so daß mit einem Urteil bald gerechnet werden muß. Zum ersten Prozeßtag wollten neben Vertretern der Bürgerinitiativen alle Stadtverordneten unserer Stadt nach Kassel fahren. Nachdem das Gericht aber nicht bereit war einen größeren Verhandlungssaal zu nehmen, will man jetzt nur, mit einer kleineren Delegation das Verhandlungsgeschehen verfolgen. In einem Brief an den Stadtverordnetenvorsteher lehnte die DKP-Fraktion

dieses Verfahren ab. In dem Brief heißt es u. a.: „Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Unsere Fraktion hat keine Illusionen über den Ausgang der Verhandlung in Kassel. Wir meinen, entschieden wird dort so, wie es die Herrschenden im Lande wünschen.“

Wir protestieren entschieden dagegen, daß im Gerichtssaal für interessierte Zuschauer nur 35 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Dies zeigt, daß die Richter die Meinung der Bürgermehrheit nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wir halten es für unmöglich, bei so vielen interessierten und engagierten Bürgern eine Auswahl zu treffen.

Es wäre unserer Meinung nach besser, alle Stadtverordneten würden notfalls gemeinsam mit den Vertretern der Bürgerinitiativen vor dem Gerichtsgebäude stehen und damit ihre Protesthaltung zu manifestieren.“ Weiter erklärte die DKP, daß es unbe-

dingt notwendig ist, den politischen Kampf gegen die Startbahn-Pläne auch nach dem Kasseler Urteil verstärkt weiterzuführen.

Links wählen

Die wirkliche
Alternative
DKP
Die Arbeiterpartei

Der Boß geht

Bei OPEL begann wieder die Arbeit. Aus dem Urlaub kommend hörten die Opel'er, daß der Boß geht, ein neuer sein Amt antritt. In einer Zeit, wo Tausende von OPEL-Arbeitsplätzen gefährdet sind, fällt der alte Chef James F. Waters die „Treppe hinauf“. Ein Grund, die General-Motors-Auswechselformel kritisch zu beleuchten.

Ende 1970 erkletterte der damalige OPEL-Boß Ralph L. Mason die Sprossen zum GM-Europa-Generaldirektor. In seine Rüsselsheimer Amtszeit datiert die berühmte „Betriebsreinigung“ 1966/67, der 1250 Opel'er zum Opfer fielen. Mit anschließenden neuen Produktionsrekorden bei verminderter Belegschaft brachte Mason das Kunststück fertig, die Dividende an die Muttergesellschaft von 55 Millionen 1966 auf 419 Millionen DM im Jahre 1969 zu steigern. Diese seine Verdienste brachten ihm nicht nur Anerkennung durch den Konzern. Bis nach London trug ihm der damalige hessische Ministerpräsident Osswald (SPD) das Große Bundesverdienstkreuz nach, wobei er „die soziale Einstellung Masons“ besonders hervorhob.

Sein Nachfolger Alexander Cunningham (Dezember 70 bis Januar 74) zog eine weniger geräuschvolle Methode vor, um Druck auf die Belegschaft zu machen und die GM-Profite zu mehren. Unter seinem Kommando erhielten immer mehr Opel'er Briefe des Inhalts, daß „Ihre häufigen Fehlzeiten nicht mehr tragbar sind“. Es wurde nicht mehr in Schüben entlassen, sondern in kleinen Raten, aber beständig. Die zwischenzeitlich auf 123 Millionen geschrumpfte Dividende brachte Mr. Cunningham wieder auf 299 Millionen Mark, wobei er sich die Nachfolge seines Vorgängers Mason auch in London verdient hatte.

Sein Nachfolger John P. McCormack hielt zunächst auch heimliche Entlassungen für die bessere Taktik. Doch schon im November 1974 ließ er unter der Parole „Gesund-schrumpfung“ eine Abfindungsaktion starten, um mit weniger Belegschaft wieder mehr zu produzieren. Und dann verordnete er wieder Sonderschichten und es wurde wieder gearbeitet wie noch nie. Der „Gewinneinbruch“ der Jahre 1974/75 bedeutet nicht, daß Mr. McCormack keine Gewinne zu machen verstanden hätte. Er hatte nur geschickte Bilanzkosmetiker auf sie angesetzt, so daß zwar die Stadt Rüsselsheim um ihre Steuereinnahmen kam, nicht aber die GM-Zentrale um ihre Profite.

Im Februar 1976 kam der neue „General“ James F. Waters, der sich jetzt auf den begehrten Sessel in London setzen konnte. Mit der „Abfindungsaktion“ dieses Sommers hat er den Anfang einer Entwicklung eingeleitet, an deren Ende es in Rüsselsheim 17.000 Arbeitsplätze weniger geben soll. Mit den Erfahrungen von OPEL ist er der richtige Mann, um das „gesamteuropäische“ Rationalisierungskonzept auf dem Rücken der OPEL- und GM-Belegschaften durchzuziehen. In Rüsselsheim wird von jetzt ab Mr. Robert C. Stempel das Kommando führen nach dem Grundsatz: Mit immer weniger Leuten immer mehr Autos.

Der Kommandowechsel bei OPEL ist Anlaß, erneut zu sagen: OPEL in Rüsselsheim braucht eine Zukunft! Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht.

Rudi Hechler

DKP-Stadtverordneter

Bundestagskandidat
der DKP
für den Wahlkreis
Groß-Gerau



1. September...

... Jahrestag, Antikriegstag! Am 1. September 1939, vor 41 Jahren, begann der Zweite Weltkrieg, ein Krieg, der die meisten Opfer aller Kriege forderte. Am 1. September dachte man in aller Welt an diesen Tag. In unserem Land, von Kiel bis München, traten am 1. September Gewerkschaften und Bürgerinitiativen für Frieden und Abrüstung ein. Sie wenden sich gegen das Wettrüsten. Sie kämpfen gegen die Stationierung neuer US-Raketen in unserem Land. Sie sagen: „Die Sicherheit und das Überleben der europäischen Völker wird gefährdet, wenn mit der Stationierung neuer US-Raketen die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Atomkrieges einkalkuliert wird.“

Wir leben im Rhein-Main-Ballungsgebiet. Hier gibt es nicht nur riesige Umweltprobleme, wir sitzen auch auf einem militärischen Pulverfaß. Im Ried ist das bedeutendste Naturschutzgebiet in Hessen, die „Knoblochsaue“ durch ständige NATO-Übungen bedroht. Einige Kilometer nördlich des Mains wollen die USA 350 Kampfhubschrauber stationieren.

Auf dem Flughafen Rhein-Main sind 363 Hektar von den Amerikanern beschlagnahmt. Bis zu 12 Prozent des Verkehrsaufkommens entsteht durch diese US-Basis. Hier landet täglich die „Galaxy“, das größte Flugzeug der Welt, mit einem Lärmpegel, der an die „Concorde“ heranreicht. Hier wurde Nachschub für den schmutzigen Krieg in Vietnam verladen, hier stand eine der wüstenfarbenen Hercules-Maschinen, die bei Carters Iran-Abenteuer verwendet wurden und wer weiß, was dort noch so alles geschieht. Die US-Air-Base und das 2 000 Meter entfernte US-ABC-Waffen-Depot im Oberwald sind eine akute Gefahr für unsere Sicherheit.

Jetzt konnte man lesen, daß hier vom 28. August bis zum 12. September 1980 Manöver stattfinden. Es wurden dazu eigens Soldaten aus den USA eingeflogen. Der Sinn der Kriegsübung ist laut US-Armee die „Platzverteidigung“. Woher der Angriff kommt, wer der Angreifer ist, wollte man nicht sagen. Kein Wunder. Im Ernstfall kann man mit 250 Offizieren und Soldaten die Air-Base sowieso nicht verteidigen. Es drängt sich die Frage auf: Gegen wen wird jetzt geübt? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dies eine Einschüchterungsaktion gegen die Bürgerinitiativen und andere Startbahn-Gegner sein soll. Die Forderung „Weg mit der US-Air-Base“ stellt sich ein weiteres Mal als richtig heraus. Im Rhein-Main-Gebiet gingen nach Angaben der Forstämter seit 1945 bereits 197 Hektar Wald für militärische Anlagen verloren. (Dem Flughafen wurden von 1945 bis zum heutigen Tag 1 103 Hektar geopfert).
Damit muß jetzt endlich Schluß sein!

Es ist höchste Zeit, daß der Militärbetrieb vom Zivilflughafen abgezogen wird. Dies wäre ein echter Beitrag für den Frieden, auf dem Flughafen gäbe es mehr Platz, der Luftraum würde entlastet und es gäbe weniger Grund, über eine dritte Startbahn überhaupt nachzudenken.

Drei Jahre Ärztehaus

Seit dem 1. August 1977 ist nun das Mörfelder Ärztehaus in Betrieb. Von diesem Tage an trat eine spürbare Verbesserung der ärztlichen Versorgung unserer Stadt ein. Mörfelden hatte bis zu diesem Tage, und das bei 14 000 Einwohnern, nur fünf praktische Ärzte und keinen Facharzt. Mit dem Ärztehaus kam ein weiterer praktischer Arzt, ein Frauenarzt, eine Kinderärztin, ein Orthopäde, ein Augenarzt und ein Internist hinzu. Die Patienten konnten Ärzte verschiedener Fachrichtungen unter einem Dach konsultieren und mußten nicht erst beschwerliche Reisen in die Nachbarstädte unternehmen. Aber auch die bereits ansässigen Ärzte spürten die Entlastung. Die neu hinzugekommenen Ärzte beteiligten sich am Bereitschaftsdienst im Stadtteil Mörfelden.

Mit dieser Einrichtung ging ein Antrag der DKP-Fraktion im Mörfelder Stadtparlament in Erfüllung. Aus Anlaß des dreijährigen Bestehens, hatte der Stadtverordnete der DKP, Heinz Hechler, eine längere Unterredung mit dem Orthopäden Dr. Costa und dem Internisten und Lungenfacharzt Dr. May.

Bei diesem Gespräch war zu erfahren, daß das Ärztehaus die Anfangsschwierigkeiten überwunden hat. Von insgesamt sechs Praxen sind zur Zeit vier besetzt (praktischer Arzt, Orthopäde, Internist und Frauenarzt), ein neuer Kinderarzt sei in Aussicht und ein Augenarzt wird dringend gesucht. Am besten hat das Zentrallabor eingeschlagen. Zur Zeit wird diese Einrichtung von 35 Ärzten unserer Umgebung (von Sprendlingen bis Geinsheim) beschickt und pro Tag 1000 bis 1800 Untersuchungen vorgenommen. Vierteljährliche externe Qualitätskontrollen durch das Zentrallabor der Kassenärztlichen Vereinigung bieten die Gewähr, daß das Mörfelden Labor einwandfreie Untersuchungen liefert.

Dr. May berichtete weiter, daß sich die 35, in der Laborgemeinschaft zusammengeschlossenen Ärzte, in bestimmten Abständen zum Meinungsaustausch und zu Vorträgen zusammenfinden. Er meinte, es sei unbedingt anzustreben, daß auch sämtliche, in unserer Stadt ansässigen Ärzte, sich in einem lokalen Medizinerntreff zusammenfinden und dort Erfahrungen austauschen bzw. gemeinsame Fortbildung betreiben.

Es war weiter zu erfahren, daß der Erweiterungsbau des Ärztehauses bald kommen müsse, mit Räumen für einen

Hals-Nasen-Ohren-Arzt, einen Neurologen und evtl. einen zweiten praktischen Arzt. Außerdem wurde der fehlende Aufzug beklagt, der dann in dem Anbau unbedingt installiert werden muß. Bemängelt wurde noch die schlechte, oder ganz fehlende, Busverbindung zum Stadtteil Walldorf und zu den übrigen Nachbarstädten und Gemeinden, da doch sehr viele Patienten aus der Umgebung das Haus besuchen.

**JEDER
der die Gesellschaft
verändern,
den Sozialismus will,
gehört in die
DKP**

Neu gebaut und schon Wasser im Keller

Nicht wenig überrascht war man dieser Tage im neuen Mörfelder Baugebiet „Steinweg“, als in den Kellern einiger Häuser schon wieder das Wasser stand. Wasser ist an sich schon unangenehm, aber in solchen Fällen handelt es sich meistens nicht nur um „reines“ Wasser. Es gab große Verärgerung und man muß sagen mit Recht. Wie konnte so etwas geschehen? Die Firma, die zwischen Walldorf und Mörfelden die großen Rohre für den Kanalverbund verlegt, pumpte laufend schon Grundwasser in den bereits fertiggestellten Kanalabschnitt. Dieser ist aber im Bereich des Steinwegtores vorerst noch zu Ende, so daß das Wasser mittels Pumpe in das übrige Kanalnetz in der Heidelberger Straße gepumpt werden muß. Als nun dort die Pumpe ausfiel, staute sich das Wasser im neuen Kanalbereich und drückte in die bereits fertiggestellten Kellerräume.

Im Zeitalter der Technik dürfte so etwas nicht mehr vorkommen. Entweder muß die Firma ihr Wasser auf andere Art und Weise ableiten, oder es müssen in dem Kanal Warnanlagen eingebaut werden, die bei Ausfall der Pumpe und steigendem Wasser, dies melden. Die Stadt macht es sich zu leicht, wenn sie in solchen Fällen immer wieder auf die fehlenden Hebeanlagen im Keller aufmerksam macht.

Will sie damit von eigenen oder von Fehlern der beschäftigten Firmen ablenken?
H.H.



„... ich arbeite halt da!“

Es war schon eine interessante Aktion, als Rudi Hechler seinen persönlichen Protest an die Flughafenmauer schrieb. Zehn Polizisten und ein paar „Zivile“ waren voll damit beschäftigt die „Sache aufzunehmen“ und ein paar „Grenzschrützer“, mit rotem Barett auf dem Kopf, schauten auch einmal vorbei.

Neben ihrer Dienstbeschäftigung diskutierten die Polizisten auch mit der Presse. Dabei war sehr aufschlußreich, daß sie ausschließlich die FAG-Argumentation vertraten. Darauf angesprochen, meinte einer treuherzig: „... ich arbeite halt da!“ Man sollte den „Gesetzhütern“ sagen, daß sie von unseren Steuergroschen bezahlte hessische Polizisten sind und keine „FAG-Sheriffs.“

Das Frauencafé hat sich bewährt

Am 7. November vergangenen Jahres öffnete das Frauencafé der Deutschen Kommunistischen Partei zum ersten Mal seine Türen. Dieser erste Abend stand unter dem Motto „Literatur aus erster Hand“. Weitere Abende folgten, wie z.B. zu den Themen „Teilzeitarbeit“, „Kinder im Faschismus“, „Über die bildende Kunst“, „Gesundheitswesen in der BRD“, und einige mehr. Aber nicht nur die Diskussionen zu den verschiedenen Themen machen die Abende interessant. Schön ist es vor allen Dingen, andere Frauen zu treffen, zu erzählen, sich kennenzulernen, Gemeinsamkeiten zu entdecken, zusammen einen Kaffee zu trinken und selbstgebackenen Kuchen zu probieren – oder einfach miteinander feiern, wie wir es an unserem Frauenfest im vergangenen Monat getan haben. Für die nächsten Abende, wir treffen uns alle vierzehn Tage, am Mittwoch,

ab 19.30 Uhr im evangelischen Gemeindezentrum Ecke Bgm.-Klingler-/Bamberger Straße, haben wir folgendes geplant:

- 10. September: Die geschichtliche Stellung der Frau in der Gesellschaft
- 24. September: Fortsetzungsdiskussion über die geschichtliche Stellung der Frau
- 8. Oktober: Gemeinsames Töpfern

Alle Termine und Neuigkeiten vom Frauencafé können in nächster Zeit im „blickpunkt“ nachgelesen werden – aber schöner wäre es natürlich, wenn Sie selbst kommen.

Wir laden alle interessierten Frauen herzlich ein.

Unsere Kontaktadresse: Waltraud Träger, Hochstr. 6, 6082 Mörfelden-Walldorf, Tel. 23 255



**Diskussion mit dem
DKP-Bundestagskandidaten
Rudi Hechler**

PREISRÄTSEL zum Grillfest '80 der DKP-Mörfelden

Aus den nachfolgenden Silben:
ar – ar – ba – bal – be – bei – ber – bis – bra – drae – dert – drei – du – e – e – en – en – er – ge – gel – gels – gier – hun – in – ir – ir – kampf – ken – kennt – kom – kopf – ku – la – land – lang – lauf – lohn – man – me – ment – mu – na – na – nal – neu – ni – nis – nus – on – pa – par – preß – roll – strie – tau – tau – ten – ter – ter – ti – va – zi

sind 22 Begriffe zu raten, deren erste Buchstaben von oben nach unten gelesen die Lösung ergeben.

1. Bewässerungsanlage, 2. Schneeleopard, 3. männl. Schwein, 4. für mehr Geld führen die Arbeiter den ..., 5. Produktionsbetriebe in ihrer Gesamtheit, 6. Übungsgerät beim Grillfest der DKP, 7. Stadtverordnetenversammlung, 8. Gleichberechtigung, 9. Republik der Sowjetunion. (Im Juni war ein Gesangs- und Tanzensemble auf Einladung der DKP im Bürgerhaus Mörfelden), 10. sportl. Freizeitgestaltung, 11. hessischer Gebirgszug, 12. Einsicht, 13. Grilldelikatesse am 13.9.1980, 14. Wisensdrang, 15. Werkträger, 16. Friedensvogel, 17. europ. Inselrepublik, 18. naher Verwandter, 19. deutscher Sozialist, 20. drohender Waldverlust, wenn die Startbahn/West gebaut wird = in Hektar, 21. lateinamerik. sozialistisches Land, 22. hessische Wurstspezialität, das Gewicht kann auf dem Grillfest der DKP geschätzt werden. Ganz schön knifflig, was? Bei richtiger Lösung gibt es dafür aber schöne Preise zu gewinnen:

1. Preis: Grill; 2. Preis: 1 Sack Kartoffeln; 3. Preis: 1 Riesenbrezel
Wer gewonnen hat, kann man auf dem Grillfest der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden am 13. September 1980 ab 18.00 Uhr auf dem Grillplatz Mörfelden erfahren.

DKP-Kandidaten für die Kommunalwahl '81 nominiert

Auf der letzten Mitgliederversammlung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden-Walldorf wurde der Kommunalwahlkampf 1980/81 diskutiert.

Die ersten zehn Kandidaten für die Liste zur Kommunalwahl wurden beraten. Die Vorschlagsliste sieht folgende Personen für die ersten zehn Plätze vor: Rudi Hechler, Herbert J. Oswald, Heinz Hechler, Rudolf Dötsch, Jörg Cezanne, Waltraud Träger, Gerhard Schulmeyer, Wolfgang Schilling, Ilona Feutner, Ernst Hechler.

Die DKP-Mörfelden-Walldorf wählt alle Kandidaten zur Kommunalwahl auf einer öffentlichen Wahlversammlung am 17. September 1980.

Kurz vor der Fertigstellung ist das Kommunalwahlprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei, das als Entwurf verabschiedet und der Bevölkerung zur Diskussion vorgelegt werden soll.

In einer Erklärung der DKP heißt es weiter: Am 22. März 1981 ist das gemeinsame Parlament, das nach der Fusion unserer beiden Städte gebildet wurde, vier Jahre alt, man kann eine erste Einschätzung der Fusions-Ergebnisse vornehmen. Dabei muß man viele Punkte ansprechen – wir werden dies tun. Eines aber kann man vorausschicken: die „geballte Finanzkraft“, wie sie die SPD prophezeit hatte, ist ausgeblieben, eher haben wir es heute mit einer „geballten Schuldenlast“ zu tun. Immer mehr versucht man auch in unserer Stadt, die gestiegenen Kosten für lebensnotwendige Sozialeinrichtungen auf die Bürger abzuwälzen. Immer enger wird der finanzielle Spielraum der Stadt – wichtige soziale Einrichtungen

bleiben auf der Strecke. Es wird deutlich, die Finanznot entwickelt sich zum Hauptproblem für die Kommunalpolitiker. Die besten Forderungen bleiben auf dem Papier, wenn es nicht gelingt, hier Änderungen zu erreichen.

Die Ernsthaftigkeit der künftigen Parlamentarier wird daran gemessen werden, ob sie bereit sind, sich stärker als seither für die Verbesserung der Gemeindefinanzen einzusetzen und die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

In der kommenden Legislaturperiode wird die Finanzfrage zur Hauptfrage. Die DKP wird auch in den kommenden vier Jahren stets den Zusammenhang zwischen „kleiner“ und „großer“ Politik aufzeigen. Sie wird weiterhin in Mörfelden und Walldorf monatlich den „blickpunkt“ herausbringen und damit das parlamentarische Leben interessanter und durchschaubarer machen.

Wir bleiben dabei unserem Grundsatz treu: „Grundlage aller örtlichen Planungen und Entscheidungen müssen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung sein.“

In Mörfelden vertritt die DKP seit langem im Parlament und außerparlamentarisch die Interessen der „kleinen Leute“. Aber auch in Walldorf weiß man mittlerweile das aktive Auftreten der DKP-Stadtverordneten zu schätzen.

Man kennt die DKP als notwendige Arbeiteropposition, als gute Aufpasser im Parlament, als konstruktive Kraft.

Nach vielen Jahren hat sich die Einsicht gefestigt: Kommunisten bei den Stadtverordneten, das zahlt sich aus für die arbeitende Bevölkerung.

Das sogenannte »kleinere Übel«,

die Wahl von SPD oder FDP, ist keine Garantie gegen Strauß. Denn in Sachen Hochrüstung besteht längst die große Koalition mit ihm. Strauß und die Rechtsentwicklung stoppen – das geht nur, wenn die sozialen, demokratischen und Friedensinteressen des Volkes konsequent zur Geltung gebracht werden. Darum ist jede Stimme für die DKP ein Plus für die arbeitenden Menschen ● Wir wenden uns an alle, die bei der Bundestagswahl gegen die Bonner Parteienwirtschaft protestieren wollen. Überlegt, warum sich alle etablierten Parteien im Kampf gegen uns einig sind! Welches Geschrei stimmen sie jedesmal an, wenn kommunistische Abgeordnete in Stadtparlamente einziehen, wenn die DKP irgendwo Wählerstimmen hinzugewinnt! Die Stimmabgabe für uns Kommunisten – das ist der schärfste Protest an die Adresse der Bonner Parteien ● Wir wenden uns an jene, die nach neuen Wegen suchen. Wer auf neue Art leben will, muß sich zuerst fragen: leben mit der Hochrüstung, mit dem kalten Krieg, mit Atomraketen? Für die entscheidenden Fragen unserer Zeit gibt es keine „grünen“ Lösungen. Der Wunsch nach Frieden und menschlichen Lebensverhältnissen ist nur erfüllbar, wenn man den Kampf gegen das Großkapital, gegen seine gesellschaftliche Machtstellung, sein Profitstreben und seine friedensgefährdende Politik zum A und O des politischen Handelns macht. Darum bleibt die beste Lösung eine Entscheidung für die DKP, die Erfahrung und klare Positionen im Kampf für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt hat. -

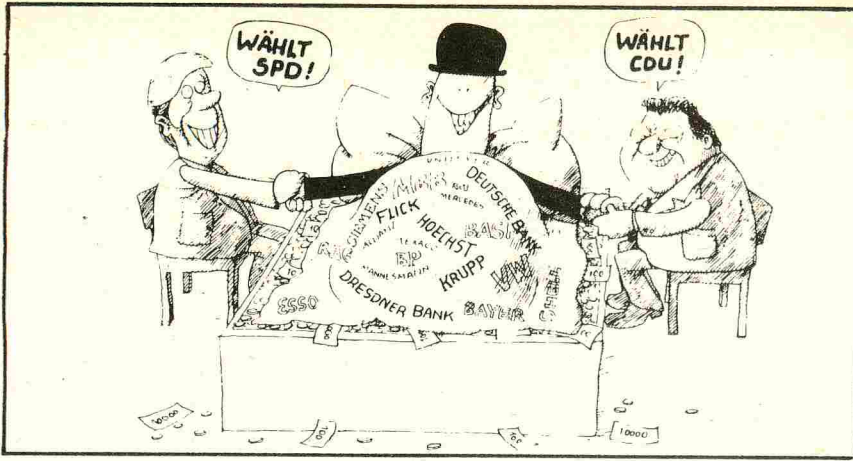
*Auch bei der
Bundestagswahl:*

*In Mörfelden
wählt man DKP!*

DKP

Die Arbeiter- partei





Strauß ist ein Programm

Der Abbau demokratischer Rechte ist unter der sozial-liberalen Koalition weit gediehen. Strauß wurde damit der Weg geebnet. Aber: Ob der Mann auf diesem Wege gestoppt wird, ob überhaupt die ganze rechte Richtung geändert wird, das hängt von uns allen ab!

Deshalb rufen wir heute dazu auf, Franz Josef Strauß zu widerstehen! Denn Strauß ist mehr als ein Name. Strauß ist mehr als persönliche Machtgier und Skrupellosigkeit. Strauß ist ein Programm. Strauß ist das Programm des mächtigsten und übelsten Teils des deutschen Großkapitals. Strauß ist der unmittelbare Vertreter der Rüstungsindustrie. Strauß ist der direkte Teilhaber an den lukrativsten Rüstungsgeschäften! Er ist gegenwärtig nicht nur bayrischer Ministerpräsident mit enormen Gehalt und Spesen, die sich Monat für Monat in fünfstelligen Summen bewegen. Das ist für ihn nicht mehr als das Taschengeld.

Das dicke Geld holt er als Aufsichtsratsvorsitzender der AIRBUS-Aktiengesellschaft, holt er von seinen Spezies in den Rüstungskonzernen Messerschmitt-Bölkow-Blohm und der Firma Siemens. Von den Querverbindungen zu Dornier, den Industrierwerken Karlsruhe, zu MAN und Kraus-Maffai fällt einiges ab. Und nicht zu vergessen die millionenschweren Kapitalbeteiligungen seiner

Frau Marianne. Seine Intimfreunde, die Großkapitalisten Springer (BILD) und Jahn (Wienerwald) tun das ihre dazu.

Und kann es wundern, daß die Großindustrie ihre schützende Hand über ihren Kumpan und politischen Handlanger hält?

Allein aus diesem Grund drohen die Unternehmer jedem Kollegen mit dem Rausschmiß, der es wagen sollte, seine Meinung über Strauß frei und offen zu äußern. In Bayern ist ja eine Schülerin von der Schule geflogen, weil sie die Plakette „Strauß – nein danke“ getragen hat. Die Unternehmer drohen, ebenso in den Betrieben zu verfahren. Doch mit Geld kann man nicht alles machen. Strauß ist zu stoppen. Machtgier und egoistisches Profitstreben können besiegt werden.

Strauß stoppen – das heißt: für mehr Demokratie, für Mitbestimmung und gegen Berufsverbote eintreten.

Strauß stoppen – das heißt: aktive Friedenspolitik durch Abrüstung und nicht durch neue Raketenaufrüstung betreiben.

Strauß stoppen – das heißt: für Preisstopp und aktive Lohnpolitik eintreten, das verlangt Stärkung der Gewerkschaften.

Strauß stoppen – das heißt: den Antikommunismus abbauen, statt ihn ständig zu schüren.

Wann ist endlich Schluß mit den Berufsverboten?

Die Berufsverbote sind zu einem Wesensmerkmal der inneren Zustände geworden, zu einer „Belastung für das geistige Klima in der Bundesrepublik“, wie Willy Brandt schon 1978 in Sorge um die „Gesinnungslage der Nation“ geäußert hatte. Die Atmosphäre, in der demokratisches Engagement mit schwer kalkulierbaren beruflichen und existenziellen Risiken bedroht werden kann, diese Atmosphäre, die den Rechtskräften Auftrieb verlieh bis hin zu noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehaltenen Kanzlerkandidatur eines Franz Josef Strauß, verlegt Reformperspektiven und erschwert den Weg des demokratischen Fortschritts. Mehr noch: die für den Radikalenerlaß von 1972 Verantwortlichen müssen sich heute eingestehen, daß das kleine Wörtchen „Berufsverbot“, das sich durch keinen Maulkorbberlaß verdrängen ließ, zum großen Fragezeichen hinter dem Begriff der parlamentarischen Demokratie werden kann. Um das Mißtrauen und den Widerstand zu beschwichtigen und die Sorge in der europäischen Öffentlichkeit zu zerstreuen, hat man jenes Signal zur Liberalisierung gegeben. Aber Liberalisierung meint nicht Abschaffung, sondern Fortschreibung des Radikalenerlasses, wenn auch unter diskreter Handhabung.

Nur in wenigen Fällen hat man sich auf eine wirkliche „Einzelfallprüfung“ beschränkt, die ja letztlich auch eine Gesinnungsüberprüfung darstellt. Wer Anhörungsprotokolle gelesen hat, mag ermesen, welcher psychische Druck auf den einzelnen Betroffenen ausgeübt wird. Immerhin hat demokratischer Protest die früher übliche automatische Regelanfrage beim Verfassungsschutz in den sozialliberal regierten Ländern vom Tisch gebracht.

Doch andererseits hat das neue Sozialistengesetz von 1972 unter direkter Verantwortung der Bundesregierung auf Bahn, Post und Beamtenschaft übergegriffen. Vereinzelt sind die freien Berufe mitbetroffen. Schulen und Hochschulen wurden in ein personalpolitisches Gesinnungskorsett eingezwängt. Was steht uns bevor, wenn unter Mißbrauch moderner Datenverarbeitung ein perfektioniertes Überwachungssystem geschaffen wird, das die persönliche Intimsphäre so wenig achtet wie Meinungsfreiheit und Gesinnungsfreiheit?

Das „Gewähr bieten“ hat eine altwilhelminische, eine NS-Tradition, ist durchaus anti-republikanisch und gänzlich undemokratisch. Untertanengesinnung und Obrigkeitdenken sind auch beim Beamten gerade das Gegenteil des mündigen und verantwortlichen demokratischen Staatsbürgerbewußtseins. Große Namen in deutscher Literatur und Wissenschaft – Gotthold Ephraim Lessing, Heinrich Heine, Carl von Ossietzky und Albert Einstein – haben gelitten und gekämpft, um diese verhängnisvolle Tradition administrativer Unfreiheit zu überwinden.

Es ist unser aller Sache, gegenüber Beschwichtigungsversuchen auf der Hut zu sein und an der „Gesinnungsfront“ von Zeit zu Zeit nach dem Rechten zu sehen. Stellen wir uns der demokratischen Verantwortung, diskutieren wir die aktuelle Entwicklung auf dem Gebiet der Meinungsfreiheit und Berufsfreiheit! Wir appellieren vor allem an die Sozialdemokraten in unserer Stadt, diese Forderungen zu unterstützen. Treten wir gemeinsam ein für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Rechte!

Verkauf
Jeden
Samstag
am
Rathaus!

Die UZ schreibt nur
für Dich

Großes Grillfest der DKP

Am Samstag, 13. September 1980 ab 11 Uhr auf dem Grillplatz Mörfelden

Die Bevölkerung von Mörfelden und Walldorf ist herzlich eingeladen!



Mörfelden gestern

Damals gingen die Schüler noch nicht auf große Fahrt ins Ausland, sie kannten noch nicht Ober-Seemen, Sexten oder Narbonne. Für größere Reisen hatten die Eltern das Geld nicht. Dafür wurde aus dem Ausflug oft ein echter Wandertag mit Rucksack, Brotbeutel und Teeflasche.

Auf unserem Bild sehen wir Mörfelder Schüler des Jahrganges 16/17 mit ihrem Lehrer-Egner (sechster von links). Egner war als Lehrer seiner Zeit voraus. Viele seiner ehemaligen Schüler schwärmen heute noch von ihm. Er lehnte damals schon konsequent die Prügelstrafe ab und bemühte sich um fortschrittlichere Lehrinhalte, trat für die Abschaffung des obligatorischen Schulgebetes und für bessere Lesebücher ein. Er war 1920 Mitbegründer der Freireligiösen Gemeinde Mörfelden und zählte mit den Lehrern Appenheimer, Klingler, Koch und Weber zu den ersten „Freidenker“-Lehrern unseres Ortes. Leider ist Georg Egner 1931 mit erst 40 Jahren zu früh verstorben.